

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind in den Preisen enthalten. Die Abnahme von 100 Exemplaren und mehr ist nach Vereinbarung zu machen. Im Falle höherer Abnahme wird die Lieferung durch Postämter besorgt. Die Abnahme von 100 Exemplaren und mehr ist nach Vereinbarung zu machen. Im Falle höherer Abnahme wird die Lieferung durch Postämter besorgt.



Verleger: Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft, die 3/4 des Kapitals im Besitz der Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft, 1/4 im Besitz der Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft ist eine eingetragene Gesellschaft mit dem Sitz in Wilsdruff. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft ist eine eingetragene Gesellschaft mit dem Sitz in Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 298 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksheld: Dresden 2640 Freitag, den 22. Dezember 1933

Törichte Gläubiger

Als am 18. d. M. der Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklären mußte, Deutschland sehe sich genötigt, die Zinsen für seine Auslandsschulden nicht, wie bisher, zu fünfzig Prozent an die Gläubigerländer in ihrer Währung zu bezahlen, sondern daß infolge Devisenmangels diese Barüberweisung in fremder Währung auf dreißig Prozent herabgesetzt werden müßte, gab es in diesen Gläubigerländern darob einen mehr oder weniger großen Lärm. Man regte sich dort entschieden darüber auf, daß Deutschland „seinen Verpflichtungen nicht nachkäme“, aber man hatte sich durchaus nicht im Ausland darüber aufgeregt, daß ein paar Tage vor jener deutschen Erklärung unsere ehemaligen Gegner, soweit sie Kriegsschuldner Amerikas sind, diesem ihrem Gläubiger mitgeteilt hätten, sie würden die am 15. Dezember fällige Schuldenrate nicht zahlen! Nicht etwa, weil sie nicht zahlen können, sondern weil sie nicht zahlen wollen! Das kann man nicht gerade als eine Innehaltung verbrieft und versiegelter Verträge bezeichnen!

Aber nicht nur mit dieser Streitfrage, sondern auch durch den unerfreulichen Rückgang unserer Ausfuhr im November d. J. ist das ganze Problem unseres Außenhandels überhaupt wieder einmal aufgerissen worden. Allmählich hat es sich ja in der Welt „herumgesprochen“, daß Schulden von Land zu Land nur durch Warenexport „bezahlt“ werden können. Als Antikipation für seinen Beschluß hatte Dr. Schacht selbst aber kürzlich in Basel seine Kollegen von den ausländischen Notenbanken darauf aufmerksam machen müssen, daß der deutschen Ausfuhr vom Ausland größere Schwierigkeiten bereitet werden. Solche Schwierigkeiten bereiten der deutschen Ausfuhr aber gerade unsere Hauptgläubiger, nämlich England und vor allem die Vereinigten Staaten. Zunächst war also die naturgemäße Folge, daß wir wegen unserer verringerten Warenexport erklären mußten, nicht imstande zu sein, unseren Gläubigern die ihnen geschuldeten Zinsen mehr als zu einem Drittel in ihrer Währung bar zu überweisen.

Auf der ersten Sitzung des neugeschaffenen Außenhandelsrates hat man sich — das war die zweite Folge — mit größtem Ernst über die Frage auseinandergesetzt, wie denn unserm bedrängten Außenhandel geholfen werden kann. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt erklärte namens der Reichsregierung es für „unbedingt notwendig, daß nach Neuordnung und Belebung der Binnenwirtschaft nunmehr auch die deutschen Außenhandelsbeziehungen erneuert und ausgebaut werden.“ Selbstverständlich handelt es sich hier nur um eine Verstärkung dieser Bemühungen, denn die Sorge um den Außenhandel hat besonders der Reichswirtschaftsminister nie aus dem Auge verloren, und er konnte nun auch als doppelten Erfolg den Abschluß der Handelsverträge Deutschlands mit Holland und mit der Schweiz buchen. Leider aber hatte der Minister nun mit der Feststellung recht, daß der deutsche Außenhandel den Wiederaufstieg der deutschen Binnenwirtschaft bisher noch nicht mitgemacht habe und daß diese zurückbleibende Entwicklung unseres Exports auch im Gegensatz stünde zu der Entwicklung des Außenhandels anderer großer Länder, aber wir müssen eben den Kampf um den Weltmarkt leider auch mit ungleichen Waffen führen: die Dollar- und Pfund-Sterling-Entwertung, das sogenannte Valutadumping hat uns, wie auch Dr. Schacht kürzlich unterstrich, ganz außerordentlich große Verluste hinsichtlich unserer Ausfuhr und der dabei zu erzielenden Preise gebracht!

Noch schwerer wird dieser Kampf um den Weltmarkt, um die Erhaltung und die Steigerung der deutschen Ausfuhr bedrohen, weil die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander überhaupt in einem Umbau begriffen sind; alle Grundlagen, auf denen man früher die Handelsverträge als Regelung dieser Beziehungen aufgebaut hatte, sind nicht bloß erschüttert, sondern unter dem Druck der Krise zertrümmert worden. Das hat man sogar schon auf der sonst ganz ergebnislos gebliebenen Londoner Weltwirtschaftskonferenz erkannt, gleichzeitig aber auch das andere, daß nämlich „eine gesunde Nationalwirtschaft die Voraussetzung für eine Belebung des Außenhandels ist“. Aber an diesen Hinweis hat der Reichswirtschaftsminister auch gleich noch die Erklärung geschlossen, daß „die Reichsregierung nach wie vor bereit sei, mit allen Ländern der Erde in enge wirtschaftliche Beziehungen zu treten“, allerdings unter der Voraussetzung, daß ein Entgegenkommen unsererseits dem Entgegenkommen der anderen Seite begegnet. Also, wer an Deutschland verkaufen will, der muß bereit sein, in gleichem Umfang auch von Deutschland zu kaufen!

Der Weltwarenhandel hat 1933 einen zwar langsamen, aber doch sichtbaren Anstieg erleben dürfen und dadurch gezeigt, daß die Weltwirtschaftskrise allmählich abzuwachen beginnt. Deutschland als typisches Verarbeitungsland, das über wenig Rohstoffe, aber über einen großen Arbeitswillen und eine schier unermessliche Arbeitskraft verfügt, wird alles daran setzen, auch durch seine Ausfuhr an jenem allmählichen Anstieg des Warenverkehrs zwischen den Völkern teilzunehmen.

Die Wirkung der deutschen Vorschläge

Erklärung des englischen Außenministers Simon.
Vor seiner Reise nach Frankreich und Italien hielt der englische Außenminister Sir John Simon im Unterhaus eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Eines der wichtigsten Ereignisse (in der Abrüstungsfrage) sei die Tatsache gewesen, daß der Reichskanzler Hitler einige Erklärungen im Rundfunk und auf andere Weise abgegeben habe, die von größter Bedeutung für die Welt seien. Fast in demselben Augenblick, in dem Deutschland aus den Verhandlungen austrat, habe Hitler gesagt, daß es für beide Nationen von größter Bedeutung sei, wenn Deutschland und Frankreich ein für allemal die Anwendung von Gewalt ausschalten würden. Zwischen beiden Ländern gebe es keine territorialen Streitfragen, wenn die Saar erst einmal an Deutschland zurückgegeben sei. Die englische Regierung habe sich sehr eingehend mit den Zwecken und Zielen dieser Erklärung befaßt. Sie habe klargestellt, daß sie keineswegs einigen dieser Vorschläge zustimme, wenn sie solche Untersuchungen anstelle. Es war aber ihre Pflicht, ihr Äußerstes zu tun, um die Lage zu klären.

In bezug auf die politische Seite der technischen Abrüstungsfrage habe offensichtlich der Reichskanzler Hitler Vorschläge gemacht, die sicherlich als formelle Vorschläge beabsichtigt waren. Die Veröffentlichungen, daß er einen Richtungsgriffspalt zwischen Deutschland und seinen Nachbarn angeregt habe, seien zutreffend. Diese Vorschläge erstreckten sich, soweit die englische Regierung sie vertrete, nicht nur auf einen Nachbarn, sondern seien vorgebracht worden, um von allen Nachbarn Deutschlands Erwogen zu werden. Man könne verstehen, daß die Frage aufgeworfen werde, warum England nicht die Führung übernehme oder sich zu einer Politik in diesem Sinne ausließe. Man müsse aber bedenken, daß es nicht das Ziel sei, eine Geleise zu machen, die gewissen Kreisen in England große Befriedigung schaffen würde, sondern daß man eine Vereinbarung zustandebringen müsse. Er müsse die Behauptung ablehnen, daß England die Führung mit Italien verloren habe. Die jetzigen zweifelhafte Besprechungen seien nach seiner Ansicht nur ein Zwischenstadium, das späterhin auf ihren weiteren internationalen Rahmen praktische Anwendung finden solle. Die Regierung habe Grund zu der Annahme, daß die Mitteilungen des Reichskanzlers Hitler nicht nur an die französische Regierung, sondern auch an andere Regierungen gerichtet seien.

Der Eindruck der Simon-Rede in Deutschland.
Von amtlicher deutscher Seite kann noch keine Stellungnahme zu der Rede des britischen Außenministers Sir John Simon gegeben werden, da der amtliche Wortlaut in Berlin noch nicht vorliegt. Aus den Ausführungen Sir John Simons gewinnt man weiterhin den Eindruck, daß er trotz aller Schwierigkeiten unentwegt auf die Lösung des Problems der Abrüstung hinsteuern geneigt ist. Die britische Regierung will sich offenbar über die Auswirkung der Abrüstungs- und sicherheitspolitischen Fragen zunächst volle Klarheit verschaffen. Hervorgehoben muß werden, daß Sir John Simon kein

Wort vom Macdonald-Plan gesagt hat. Wenn man auf britischer Seite die Hoffnung ausdrückt, daß bald Mehr-Mächte-Verhandlungen stattfinden und die Verhandlungen schließlich wieder nach Genf verlegt würden, so ist dazu zu bemerken, daß Deutschland augenblicklich auf diplomatischem Wege verhandelt und seinen Grund hat, diese Verhandlungsmethode zu ändern. Aus verschiedenen Äußerungen maßgebender deutscher Staatsmänner geht ganz klar hervor, daß Deutschland nicht die Absicht hat, nach Genf zurückzukehren.

Es besteht wohl die Möglichkeit, daß später einmal Verhandlungen zu mehreren Staaten stattfinden werden. Dann müßte aber erst die Ursache, die Deutschland zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Verlassen der Abrüstungskonferenz bewogen haben, beseitigt werden.

Chamberlain gegen Londoner „Untersuchungsausschuß“

Die außenpolitische Aussprache im Unterhaus.
Im Anschluß an die außenpolitische Erklärung Sir John Simons im Unterhaus fragte Lloyd George, ob Italien seine endgültigen Vorschläge für die Völkerbundreform gemacht habe, abgesehen von dem, was in der Presse erschienen sei. Sir John Simon erwiderte, es sei tatsächlich kein endgültiger Vorschlag erfolgt. Zur österreichischen Frage, die von dem oppositionellen Vorkämpfer Major Kille aufgeworfen worden war, sagte Sir John Simon: Die Politik der englischen Regierung zielt darauf hin, durch Ratsschlüsse alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Unverschrtheit und Unabhängigkeit Österreichs aufrechtzuerhalten. Die englische Regierung wolle sich aber nicht in die österreichische Innenpolitik einmischen. Im weiteren Verlauf der Aussprache richtete Sir Austen Chamberlain heftige Angriffe gegen den sogenannten Londoner Untersuchungsausschuß über den Reichstagsbrand. Er habe mit tiefem Bedauern und nicht ohne Entrüstung eine Mitteilung gelesen, daß „etwas, was sich ein Ausschuß nennt“, eine Angelegenheit unterfühle, die Gegenstand schwebender Verhandlungen in Deutschland sei. Dies scheine ihm die größte Unverschämtheit zu sein, die sich die Angehörigen eines Staates gegenüber einem anderen Staate erlauben könnten. Sir Austen Chamberlain erklärte schließlich, die englische Regierung solle offen erklären, daß sie sich jeder Bemühung widersetzen werde, das Völkerbundstatut unter dem Schein von Abänderungsanträgen zu vernichten. Zur Revisionsfrage erklärte Chamberlain, man müsse sich über ein vernünftiges und gemäßigtes Kompromiß klar werden, daß ein für allemal die Grenzfrage regeln könnte; die Durchführung eines solchen Kompromisses würde der Revisionsfrage ein Ende setzen und nicht etwa der Beginn eines neuen Krieges sein. Er habe aber bisher kein Zeichen eines solchen Geistes in den revisionistischen Ländern gesehen.

Reichsautobahn Dresden—Chemnitz—Gera.

Baldiger Baubeginn. — Beschäftigung von 7000 Arbeitern auf zwei Jahre.

Der Initiative der sächsischen Regierung ist es binnen wenigen Wochen gelungen, zu erreichen, daß in nächster Zeit mit dem Bau der 104 Kilometer langen Reichsautobahn Dresden—Chemnitz begonnen werden kann, nachdem die Entwürfsarbeiten für die Strecke Dresden—Chemnitz—Gera abgeschlossen und vom Generalinspektor für das deutsche Straßensystem Dr. Ing. Tobi zur Einzelbearbeitung durch die Gesellschaft Reichsautobahnen, die den Bau ausführen und die Autobahnen betreiben wird, freigegeben worden sind. Die Bearbeitung der sächsischen Strecken lag in den Händen von Ministerialrat Dr. Ing. Speck, der als Beauftragter für Sachsen eingesetzt worden ist, und den Vertretern der Presse in Gegenwart des Finanzministers Kampfs nähere Einzelheiten über die Strecke Dresden—Chemnitz—Gera mitteilte, die im Zuge der von Breslau über Görlitz—Bayern—Dresden—Weimar durch Mitteldeutschland nach Frankfurt a. M. führenden Ostwestlinie liegt.

Die neue Reichsautobahn führt am Rande des bedeutenden sächsischen Wirtschaftsgebietes entlang und verbindet dieses in günstiger Weise mit dem Oden und Mitteldeutschland.

Wenn die Linie zunächst in westlicher Richtung über Rössen geleitet wird, so sprachen dafür wirtschaftliche Erwägungen. Denn dadurch würde für eine später vorgesehene Linie Dresden—Leipzig ein gemeinsamer Streckenabschnitt geschaffen, wodurch an Kosten für das Gesamtwerk gespart wird. Die Gabelung der Linie bei Rössen stellt insofern eine gute Lösung dar, als sie sich den in westlicher Richtung nach Nord- und Südwesten auseinanderlaufenden Hauptverkehrsadern anpaßt, dabei neue Gebiete erschließt und ohne nennenswerte Umwege Dresden mit den übrigen Großstädten Sachsens verbindet.

Die Anforderungen an die Betriebssicherheit der Autobahnen bedingt, daß als kleinster Krümmungshalbmesser der Autobahnen 2000 Meter gewählt wurden; die größte Steigung beträgt 1:20. Dieser Forderung bereite die